

Beurich / Köhler:

„JA zur Blockdammbrücke –

NEIN zur Trassenführung Sangeallee/Hönowe Straße“

Karlshorst (fvo) – Die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion Lichtenberg stimmten in der Juni-BVV als einzige gegen eine Beschlussem-



Dr. Andreas Köhler

pfehlung aus dem Ausschuss für Bauen und Verkehr sowie einen Antrag der PDS-Fraktion, mit denen die Mehrheit der BVV erreichen will, dass das Bezirksamt die Planungen zur Trassenführung über Sangeallee/Hönowe Straße aus den Jahren 2003/2004 wieder aufnimmt und somit vom Bau einer untergeordneten Hauptstraße auf der Trasse Wallensteinstraße/Ilsestraße abrückt. Dazu erklärte **Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg**: „Wir sind für die Wiedererrichtung der

Blockdammbrücke, da sie ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur im Bezirk und insbesondere im Ortsteil Karlshorst ist.“ **Auch der Direktkandidat der SPD für den Bundestagswahlkreis 87 (Berlin-Lichtenberg), Dr. Andreas Köhler, ist für den Bau der Brücke.** Er will sich verstärkt dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen in Lichtenberg verbessert



Behelfsbrücke am Blockdammweg

werden. „Dazu gehört auch die Blockdammbrücke“, so Köhler gegenüber der Fraktion vor Ort. Strittig ist aber seit Jahren, auf welcher Trasse der künftige Verkehrsfluss abgeleitet werden soll. Entweder über Sangeallee/Hönowe Straße oder über Wallensteinstraße/Ilsestraße. Die SPD-Fraktion Lichtenberg und die Abteilung 6 der SPD-Lichtenberg hatten bereits am 26.04.2004 eine Anhörung zur geplanten Wiedererrichtung der 1984 abgerissenen Blockdammbrücke

durchgeführt und dabei ausführlich das Für und Wider der alternativen Trassenführungen diskutiert. Zu Wort kamen dabei u.a. Heribert Guggenthaler (Referatsleiter für Stadtplanung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) sowie Vertreter des Bezirksamtes (Abteilung Stadtentwicklung), des Bürgervereins Karlshorst, der Bürgerinitiative „Keine zweite Treskowallee“, der Gewerbeinitiative Treskowallee und der Vorsitzende des Ausschusses für Bauen und Verkehr der BVV Lichtenberg. **Im Anschluss an die Anhörung**



Kerstin Beurich

und nach vielen weiteren intensiven und umfassenden Diskussionen hatte

Fortsetzung auf Seite 2

!!! Neuwahlen zum Deutschen Bundestag !!!

Die SPD geführte Bundesregierung hat die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt. Entscheiden Sie nun selber, welches Deutschland Sie wollen: Ein reformfähiges aber sozial gerechtes mit der SPD oder ein sozial kaltes und markt-radikales mit CDU und FDP. Es wird Zeit CDU und FDP zu stellen! Die müssen endlich Farbe bekennen. Tun Sie es auch - wählen Sie SPD!

Fortsetzung von Seite 1
sich die SPD-Fraktion für eine Trassenführung über Wallensteinstraße/Ilsestraße ausgesprochen.



Variante 1: Gute Lösung

Kerstin Beurich weiter: „Wir haben uns die Entscheidung in dieser Frage nicht leicht gemacht, denn es kann die Blockdammbrücke nicht geben, ohne jemandem weh zu tun. **Wir sind aber der Auffassung, dass die Trassenführung über die Ilsestraße weniger Menschen belastet als die andere Variante, die durch ein dicht besiedeltes**

Wohngebiet führt und bei der u.a. die Kita Zwergeoland, die Karlshorster Grundschule in der Lisztstraße sowie eine Seniorenfreizeitstätte betroffen wären.

Dies ist nicht unsere Vorstellung eines kinder- & familienfreundlichen Bezirks. Für die betroffenen Kleingärtner der Kolonie „Hochspannung“ an der Ilsestraße stehen hingegen genügend Ausweichstandorte in



Volle Dröhnung an der Kita Zwergeoland?



Variante 2: Schlechte Lösung

Straße auch wirtschaftlich keinen Sinn, „da der Verkehr von der Hönower Straße nur nach rechts in die Treskowallee abbiegen kann. Ich werde mich deshalb beim Bezirksamt und dem Senat ebenfalls für die Trassenführung Wallensteinstraße/Ilsestraße einsetzen“, so der Kandidat für den Bundestag.

Zwangswise kein Erinnern

von Erik Gührs, Bürgerdeputierter für die SPD-Fraktion Lichtenberg

Wie Kerstin Beurich bereits in der letzten Ausgabe berichtete, hatten wir in die Juni-BVV einen Antrag eingebracht, mit dem wir das Bezirksamt auffordern wollten, an die Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD im April 1946 zu erinnern. Ich möchte nun an dieser Stelle über Debatte und Abstimmung in der BVV berichten. Rückblick: Unmittelbar nach Kriegsende hatte die Gruppe Ulbricht mit ihren Aktivitäten in der heutigen Einbecker Str. begonnen und dort die Grundlage für die Verschmelzung beider Parteien gelegt. Die Niederlagen der KPD und die hohen Gewinne der SPD bei den Wahlen brachte die KPD-Führung zu dem Schluss, mit Hilfe Moskaus beide Arbeiterparteien zu vereinigen. Unser Antrag ist mit den Stimmen von PDS, CDU und FDP abgelehnt worden. **Vor allem die PDS will sich ihrer eigenen Geschichte nicht stellen, flüchtet sich in der Debatte in fadenscheinige Ausreden und will so eine Diskussion über ihre eigene Parteigründung vor fast 60 Jahren verhindern.** Wenn Vertreter der PDS sagen, die Vereinigungen zwischen Arbeiterparteien hat es nach dem zweiten Weltkrieg nicht

nur Deutschland, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern gegeben, dann ist das ganz klar eine Relativierung deutscher Nachkriegsgeschichte. Die Dimension die das ganze in Deutschland hatte, nämlich die Gleichschaltung der Arbeiterbewegung und die Unterwerfung unter sowjetische Führung, gab es so in anderen europäischen Staaten nicht. Die PDS versucht die Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD als parteihistorisches Ereignis darzustellen. Dies ist es aber mitnichten. **Ohne die Gründung der SED hätte es die DDR in dieser Form nicht gegeben.** Wenn dann darauf verwiesen wird, dass dies in einer Parteiveranstaltung abgewickelt werden soll und das Bezirksamt nicht verantwortlich sei, dann zeugt dies von einer fraglichen Sicht auf die deutsche Nachkriegsgeschichte. Als letztes führte die PDS an, dass dieses Ereignis nichts mit Lichtenberg zu tun hätte. Nun muss die PDS aber unseren Antrag nur richtig lesen, um zu bemerken, **dass die ersten Aktivitäten der KPD-Führung in Lichtenberg stattfanden.** Aber auch große Teile der Geschichte der DDR spielten sich in Lichtenberg ab, hingewiesen sei hier auf das Ministerium für Staatssicherheit

in der Normannenstraße. Doch selbst wenn nichts davon mit Lichtenberg zu tun hätte, wäre es doch eine Veranstaltung wert, zu erfahren wie die Zwangsvereinigung vor Ort statt gefunden hat. Welcher Widerstand zwischen den Parteien herrschte? Wer die Zwangsvereinigung befürwortete? **Und es mußten Lichtenberger ihren Kopf hinhalten und wurden aus ihren Ämtern gedrängt.** Wenn die PDS meint, dass dies nichts mit Lichtenberg zu tun hat und dass die Entscheidungen woanders gefallen seien, dann sollten wir unseren Antrag vielleicht in der russischen Duma stellen? Umso erstaunlicher war es, dass FDP und CDU sich dieser Argumentation anschlossen und gemeinsam mit der PDS gegen den Antrag stimmten. Somit hat es der Bezirk verpasst, an einen wichtigen Teil seiner Geschichte zu erinnern.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko